

Vorab per Mail [buero@planungsbuero-wolff.de](mailto:buero@planungsbuero-wolff.de)  
Planungsbüro Wolff GbR  
Friedrich-Ebert-Str. 88  
14467 Potsdam

**Dienststelle:** Dezernat 4  
Bauen, Umwelt und Kataster  
Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht  
Potsdamer Straße 18a, 14513 Teltow  
**Auskunft erteilt:**  
Frau Dorn

**Telefon (Durchwahl)**      **Telefax**  
03328 318-541      03328 318-559  
**E-Mail** [ToeB@Potsdam-Mittelmark.de](mailto:ToeB@Potsdam-Mittelmark.de)

**Aktenzeichen**      **Datum**  
**05004-23-60**      **23.01.2024**

Vorhaben

**Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Vorentwurf des Bebauungsplanes "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin**

Grundstück    Rietz - OT der Gemeinde Kloster Lehnin, ~  
Gemarkung    Rietz (L)  
Flur            -  
Flurstück      -

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrer Mail vom 19.12.2023 bitten Sie um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Vorentwurf des Bebauungsplanes „Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949“ der Gemeinde Kloster Lehnin mit Stand der Unterlagen vom August 2023.

Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.

Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.

- **Fachdienst Umwelt**

**Untere Wasserbehörde**

Wasserrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des Bebauungsplanes "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin gegenwärtig nicht entgegen.

### Hinweise

#### 1) Grundwasser

Der Flurabstand liegt im Plangebiet laut GIS teilweise zwischen 1 - 3 m uGOK. Damit liegt in diesen Bereich eine hohe Grundwassergefährdung vor. Die Pfähle, auf denen die PV-Anlagen errichtet werden, sind korrosionsbeständig herzustellen.

#### 2) Oberflächengewässer

Teilfläche grenzt an Gräben an. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.

Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).

#### 3) Überschwemmungsgebiete

Teilflächen des Plangebiets sind von 100-jährigen Überschwemmungsereignissen betroffen. Die PV-Anlagen sind hochwassersicher zu errichten.

#### 4) Löschwassererschließung

Sollen Löschwasserbrunnen innerhalb des Brandschutzkonzeptes eingeplant werden, sind diese bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Die UWB bevorzugt Brunnen die in dem obersten Unbedeckten Grundwasserleiter ausgebaut werden.

#### 5) Batteriespeichersysteme

Innerhalb des Planverfahrens ist bereits zu klären, ob Batteriespeichersystem in Zukunft errichtet werden sollen.

Hinweis: Nach derzeitigen Stand der Technik können in Brand geratene Batteriespeichersysteme nicht mit Wasser gelöscht werden. Ein Batteriespeichersystem kann im Brandfall lediglich gekühlt werden. Derzeit gibt es keine dichten Batteriespeichersysteme, sodass Löschwässer und Kühlwässer vollständig zurückgehalten werden müssen, damit diese nicht ins Grundwasser gelangen. Die techn. Umsetzung ist als sehr schwierig zu begreifen. Sollten Batteriespeichersysteme in Brand geraten, sind diese ohne Löschwasser kontrolliert abrennen zu lassen, dieser Vorgang kann sich über Tage hinwegziehen. Die Immissionsbelastung bei einem unvorhersehbaren Brandereignis ist zu diskutieren.

### **Untere Abfallwirtschaftsbehörde**

Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des Bebauungsplanes "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin gegenwärtig nicht entgegen.

#### 1. Einwendungen

##### a) Einwendungen.

Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.

##### b) Rechtsgrundlage:

- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212). Zuletzt geändert durch Art. 20 des Gesetzes v. 10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)

- Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598)
  - Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997. Zuletzt geändert durch Art. 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl.I/16, [Nr. 5]).
- c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Nicht erforderlich.

## 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Keine Hinweise.

## 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

Keine Hinweise.

## 4. Weitergehende Hinweise

1.

Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen.

Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der Mitteilung 32 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, PN 98 zu erfolgen. Ab dem 01.08.2023 sind diesbezüglich die Anforderungen gemäß Abschnitt 3, Unterabschnitt 2 ErsatzbaustoffV einzuhalten. Hierfür dürfen ausschließlich akkreditierte Labore beauftragt werden.

Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.

Folgende Pflichten sind in diesem Zusammenhang bei Bau- und Abbrucharbeiten (Gesamtabfallmenge > 10 m<sup>3</sup>) zu erfüllen (s. a. Informationen zur novellierten Gewerbeabfallverordnung des MLUL<sup>1</sup>):

- Getrenntsammlungs- und Verwertungspflichten nach § 8 Abs. 1 Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV)
- Dokumentationspflichten nach § 8 Abs. 3 GewAbfV
- Vorbehandlungs- und Aufbereitungspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 1 GewAbfV
- Dokumentationspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 6 GewAbfV

Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.

Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.

---

<sup>1</sup> Quelle: <https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Informationen-Erzeuger-Besitzer-von-Bau-und-Abbruchabfaellen.pdf>

2.

Im Zusammenhang mit einer ggf. notwendigen Entsorgung anfallender mineralischer Abfälle hat die Zuordnung der Abfälle zu einer Abfallart nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV) entsprechend des Erlasses zur Neufassung der "Vollzugshinweise zur Zuordnung von Abfällen zu den Abfallarten eines Spiegeleintrages in der Abfallverzeichnis-Verordnung" vom 1. März 2023 (Amtsblatt für Brandenburg, 2023, Nr. 13, Seite 243) zu erfolgen. Der Mindestparameterumfang richtet sich dabei nach Anlage 5, Tabelle 1 des vorgenannten Erlasses.

3.

Bei einem geplanten Einsatz von mineralischen Bauersatzstoffen aus der Abfallwirtschaft (RC- Material) als Schottertrag-/ Frostschutzschicht sind die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen – Abschnitt 4 der Ersatzbaustoffverordnung zu erfüllen.

Die zum Einsatz in ein technisches Bauwerk vorgesehenen RC-Materialien müssen die Anforderungen nach Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 oder 2 der EBV einhalten und der Einbau der mineralischen Ersatzbaustoffe hat nur in den für sie jeweils zulässigen Einbauweisen nach Anlage 2 der EBV zu erfolgen.

Lieferscheine des eingebauten Recyclingmaterials sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der UAWB auf Verlangen einzureichen.

4.

Bei Konkretisierung geplanter Bau-/Abbruchmaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.

## **Untere Bodenschutzbehörde**

### I. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

#### (1) a) Einwendung:

Im Abgleich der vorliegenden Antragsunterlagen mit dem Altlastenkataster wird festgestellt, dass auf dem Flurstück 316 der Flur 1 in der Gemarkung Rietz die „Altablagerung am Gewerbegebiet Rietz“ im Altlastenkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark mit der Registernummer 317690086 registriert ist.

Die Altablagerung ist nicht abgedeckt oder saniert. Von ihr können Boden- und Grundwasserbelastungen ausgehen.

Der Unteren Bodenschutzbehörde liegen keine Gutachten vor.

#### (1) b) Rechtsgrundlage:

In Anlehnung an § 34 (1) und (2) BauGB sind bei der Aufstellung der Bebauungspläne insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu berücksichtigen. Grundsätzlich darf der Bebauungsplan keine auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten zurückgehenden Gefahren i.S.d. BBodSchG hervorrufen oder festschreiben. Besteht der Verdacht auf eine Belastung des Baugrundstückes (das ist hier der Fall), so ist dem nachzugehen. Ob für die angestrebten Nutzungen tatsächlich eine Gefahr vorliegt, ist im Wege einer Sachverhaltsermittlung gemäß den Vorgaben/ Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und der Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) festzustellen.

#### (1) c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

Für diesen Bereich ist der Unteren Bodenschutzbehörde eine auf die vorgesehene Nutzung ausgelegte Gefährdungsabschätzung vorzulegen. Die Untersuchung und Bewertung ist nach den Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) durchzuführen.

Bei bestehenden Bodenbelastungen ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen.

Sämtliche Arbeiten zur Durchführung der Altlastenuntersuchungen sind von qualifizierten Fachfirmen durchzuführen und durch einen Sachverständigen gemäß § 18 BBodSchG zu begleiten.

Lokale Abgrenzungen von Gebieten/Teilflächen mit erhöhten Schadstoffgehalten i.S.v. § 2 (3) BBodSchG sind für das vorgesehene Bebauungsgebiet in Form einer Bodenbelastungskarte zu kennzeichnen. Nach § 5 (5) BauGB ist darzulegen, welche Bodenbelastungen bekannt sind (Ergebnisse von Untersuchungen und Begutachtungen) und welche Gründe für die Ausweisung der baulichen Nutzung trotz einer bekannten Bodenbelastung maßgebend sind. Eine Zuordnung der für das Plangebiet maßgeblichen Hintergrundwerte (§ 2 Nr. 9 BBodSchV) soll in Abstimmung mit der UBB erfolgen.

(2) a) Einwendung:

Der Teilbereich SO 1 befindet sich im Polder Breites Bruch PG 4 des Klimamoorprojektes des LfU Brandenburg. Es ist künftig bei steigenden Grundwasserständen mit erheblichen Vernässungen des Bodens zu rechnen.

Dadurch können bauzeitlich oder im Zeitraum des Anlagenbetriebs Bodenschadverdichtungen entstehen, die die natürlichen Funktionen des Bodens und die Nutzungsfunktion des Bodens dauerhaft nachteilig beeinträchtigen.

(2) b) Rechtsgrundlage:

Erlass zur Einführung der Arbeitshilfen „Anforderungen des Bodenschutzes an den Rückbau von Windenergieanlagen - Leitfaden“ und „Bodenschutz bei Planung, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ vom 17.07.2023 Ministerium für Landwirtschaft und Klimaschutz (MLUK)

Gemäß § 7 BBodSchG ist derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können.

Nach § 1 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren und es ist Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Weiterhin sind Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen.

Nach § 9 (1) Nr. 20 Baugesetzbuch (BauGB) können für Böden Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung im Bebauungsplan festgelegt werden.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass sich jeder, der auf den Boden einwirkt, gemäß § 4 Abs. 1 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) so zu verhalten hat, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden können.

Schädliche Bodenveränderungen sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen (§ 2, Abs. 3 BBodSchG).

(1) c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

Es sind Abstimmungen vor allem hinsichtlich der künftig zu erwartenden Grundwasserstände mit den Zuständigen des Klimamoorprojektes Polder Breites Bruch herbeizuführen.

Der Erlass zur Einführung der Arbeitshilfen „Anforderungen des Bodenschutzes an den Rückbau von Windenergieanlagen - Leitfaden“ und „Bodenschutz bei Planung, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ ist für die Erarbeitung des Entwurfes des B-Plans umzusetzen.

Hinsichtlich des gesetzlich festgeschriebenen vorsorgenden Bodenschutzes sind für das B-Plangebiet folgende Mindestvoraussetzungen zu klären:

- Die Befahrbarkeit der Flächen im Rahmen von Baumaßnahmen und Wartungszwecken ist planungsrechtlich sicher zu stellen.
- Im B-Plan ist bereits für die Erstellung der Vorplanung auf konstruktive Maßnahmen im Wegebau vorzusehen, wenn oberflächennahe Grundwasserstände (< 40 cm unter Geländeoberfläche) künftig zu erwarten sind.
- Es ist für das Plangebiet sicher zu stellen, dass die PV-Module auch bei hohen GW-Ständen erreichbar sind, ohne Bodenschadverdichtungen zu verursachen.

Im Land Brandenburg wurde mit Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 30.04.2019 die „Checklisten zur Berücksichtigung des Schutzguts Boden in Planungs- und Zulassungsverfahren“ der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) eingeführt, in denen die Anforderungen zum Schutzgut Boden bei der Prüfung von Planungs- und Zulassungsverfahren aufgeführt sind.

## II. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

Es ist eine bodenkundliche Vorerkundung gemäß DIN 19639 durchzuführen. Sie bildet die Grundlage für eine anzustrebende Bodenkundliche Baubegleitung.

### **Untere Naturschutzbehörde**

#### Hinweise

#### 1) Gemeinsame Arbeitshilfe PV-FFA des MLUK, MIL und MWAE

Die Berücksichtigung der „Gemeinsamen Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg“ (MLUK, MIL und MWAE [Hrsg.], 2023; <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/aktuelles/presseinformationen/detail/~23-08-2023-ausbau-erneuerbarer-energien>) wird empfohlen.

#### 2) Kompensationskataster-Eintrag

Kompensationsmaßnahmen aufgrund von Planfeststellungsbeschlüssen oder der Bauleitplanung sind bei der Aufstellung des Bebauungsplans „Sondergebiet Photovoltaik beiderseits der Kreisstraße 6949“ der Gemeinde Kloster Lehnin (im Folgenden: B-Plan) zu beachten.

#### 3) Berücksichtigung der Landschaftsplanung

Bei der Aufstellung eines Bauleitplans sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g) BauGB und § 9 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG die Inhalte der Landschaftsplanung zu berücksichtigen. Soweit ihnen nicht Rechnung getragen werden kann, ist dies gemäß § 9 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG zu begründen.

Konkret sind das Landschaftsprogramm (<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueber-uns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-12-2000-landschaftsprogramm-brandenburg>), der Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark (<https://www.potsdam-mittelmark.de/de/landkreis-verwaltung/strategische-kreisentwicklung/landschaftsrahmenplan/>) und der Landschaftsplan zu berücksichtigen

#### 4) Umweltbericht/Umweltprüfung

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ist dem B-Plan eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB [Begründung zum Bauleitplanentwurf, Umweltbericht] beizufügen. Der Umweltbericht bildet gemäß § 2a Satz 3 BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. Die Mindestinhalte des Umweltberichts sind in der Anlage 1 zum BauGB festgelegt. Die zusätzlichen Angaben entsprechend des Punktes 3 der vorgenannten Anlage erscheinen für das Planverständnis sinnvoll, sind aber nicht zwingend erforderlich.

## 5) Besonderer Artenschutz

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind die Auswirkungen der Planung unter anderem auf Tiere und Pflanzen zu ermitteln und zu bewerten. Diese spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ist ein separater Bestandteil der Begründung des Bebauungsplans und den Beteiligungsunterlagen im Original beizulegen.

Zwar verletzt noch nicht ein Bebauungsplan artenschutzrechtliche Verbote und es existiert keine Rechtspflicht, nach der die planaufstellende Gemeinde diese Verbote bereits auf der Ebene abschließend zu lösen hätte. Aber sie muss vorausschauend prüfen, ob artenschutzrechtliche Hindernisse der Planumsetzung voraussichtlich unüberwindbar entgegenstehen. Sie muss deshalb die Artenschutzbelange auf der Bebauungsplan-Ebene angemessen und vollständig abarbeiten. Außerdem liegt in der Rechtsfolge des § 19 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG eine aufgrund der Aufstellung eines Bebauungsplans absehbare Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes nur bei zuvor ermittelten nachteiligen Auswirkungen nicht vor, die von der zuständigen Naturschutzbehörde genehmigt wurden oder zulässig sind.

Die Prüfung, ob einem Planvorhaben artenschutzrechtliche Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG entgegenstehen, setzt eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Planbereich vorhandenen Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume voraus. Dies verpflichtet die planende Gemeinde zwar nicht, ein lückenloses Arteninventar zu erstellen. Die Untersuchungstiefe hängt vielmehr maßgeblich von den naturräumlichen Gegebenheiten im Einzelfall ab. Dabei kommen als Erkenntnisquellen Bestandserfassungen vor Ort und die Auswertung bereits vorhandener Erkenntnisse und Fachliteratur in Betracht, die sich wechselseitig ergänzen können (vergl. Hessischer VGH, Urteil vom 20. März 2014 – 4 C 448/12.N).

Bei der Auswertung vorhandener Daten ist auf ihre Aktualität zu achten. Als Anhaltspunkt kann hier gelten, dass die Daten – je nach Dynamik des Betrachtungsraums – zum Zeitpunkt der Planaufstellung in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein sollten (vgl. u. a. Plachter et al. 2002<sup>2</sup>). Wenn sich seit der Erhebung der Daten die landschaftliche Situation und die Zusammensetzung der Biozöosen im Betrachtungsraum nicht oder nur wenig verändert hat (kein Nutzungs- oder Strukturwandel, keine wesentliche Veränderung von Standortbedingungen), kann auch bei einem höheren Alter der Daten von deren Gültigkeit ausgegangen werden. Es sollte jedoch eine qualitätssichernde Überprüfung (Plausibilitätsprüfung) durch den Artenfachgutachter vorgenommen werden.

Dazu ist zunächst eine artenschutzrechtliche Relevanzprüfung auf der Grundlage einer Erstbegehung, besser noch einer Biotoptypen-Kartierung anzustellen, mit der fachlich gesichert ermittelt wird, für welche planungsrelevanten Arten(gruppen) eine Betroffenheit entsprechend der einschlägigen Verbotstatbestände mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann und mit welchen dieser Arten(gruppen) im Wirkungsraum der Planung zu rechnen ist.

Planungsrelevant sind gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG in Verbindung mit § 7 Abs. 2 Nrn. 12 - 14 BNatSchG – bis zur noch ausstehenden Identifikation der nationalen Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG – die europarechtlich geschützten Arten.

Die Bestände, Lebensräume, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der planungsrelevanten Arten(gruppen) sind sodann nach den einschlägigen Standardmethoden in Art-für-Art-Betrachtungen für gefährdete Arten und Arten mit besonderen Lebensraumansprüchen sowie in gruppenweiser Betrachtung für ungefährdete, ubiquitäre Arten zu ermitteln, die absehbaren artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände durch die mit dem B-Plan vorbereiteten Vorhaben aufzuklären und Maßnahmen der Vermeidung, Verminderung und Kompensation von Verbotstatbeständen zu entwickeln.

Es wird empfohlen, den Artenschutz-Fachbeitrag an die Hinweise zur Erstellung des Artenschutzbeitrages (ASB) bei Straßenbauvorhaben im Land Brandenburg ([https://www.lsb.brandenburg.de/media\\_fast/4055/Hinweise%20ASB\\_Stand%202003-2015.pdf](https://www.lsb.brandenburg.de/media_fast/4055/Hinweise%20ASB_Stand%202003-2015.pdf)) anzulehnen und als separaten Teil der B-Plan-Begründung zu fertigen. Alternativ wird die Berücksichtigung des Leitfadens <https://dewitt-berlin.de/documents/2014/01/artenschutzrechtliche-verbote-in-der-fachplanung-3.pdf/> und die Arbeitshilfe des MIL

<sup>2</sup> Plachter, H.; Bernotat, D.; Müssner, R. & Rieken, U. (2002): Entwicklung und Festlegung von Methodenstandards im Naturschutz. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 70

<https://mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Arbeitshilfe%20Artenschutz%20in%20der%20Bebauungsplanung.pdf> empfohlen. Das Landesamt für Umwelt empfiehlt die Anwendung der Prüfschritte entsprechend der Verwaltungsvorschrift Artenschutz NRW ([https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/vv\\_artenschutz\\_inkl\\_einfuehrungserlass\\_20160606.pdf](https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/vv_artenschutz_inkl_einfuehrungserlass_20160606.pdf)).

Der B-Plan liegt inmitten eines Flurkorridors der **Großtrappe**. Die Großtrappe zählt gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 Buchstabe a BNatSchG zu den streng geschützten Arten, die in Brandenburg und Deutschland „vom Aussterben bedroht“ beziehungsweise „vom Erlöschen bedroht“ ist (Gefährungskategorie 1; <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/ueber-uns/veroeffentlichungen/detail/~10-06-2020-zeitschrift-naturschutz-und-landschaftspflege-in-brandenburg-beilage-zu-heft-4-2019>; <https://www.dda-web.de/voegel/rote-liste-brutvoegel>). Es ist daher erforderlich, die Auswirkungen der mit dem B-Plan vorbereiteten Vorhaben auf die Großtrappe vollständig zu ermitteln und zu bewerten. Es wird insofern dringend empfohlen, eine Stellungnahme der Staatlichen Vogelschutzwarte Brandenburg (<https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/>) einzuholen, die das Schutzprojekt Großtrappe landesweit koordiniert und beurteilen kann, ob die mit dem B-Plan vorbereiteten Vorhaben zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population und damit zur Verletzung artenschutzrechtlicher Zugriffsverbote führen können.

#### 6) Baumschutz/Baumersatz

Sofern die Durchführung des B-Plans zur Beseitigung von Bäumen und Feldgehölzen führen kann, die aktuell gemäß § 2 Abs. 2 GehölzSchVO PM geschützt sind, ist gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 a) BauGB die Kompensation bereits auf der Ebene abschließend zu regeln, weil die GehölzSchVO PM im Geltungsbereich von Bebauungsplänen gemäß § 1 Abs. 1 GehölzSchVO PM keine Anwendung mehr findet. Dafür eignet sich eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB, die sich am Ersatzmaßstab des § 8 Abs. 1 GehölzSchVO PM orientieren kann.

Ausgleichsverpflichtungen können auch durch eine vertragliche Regelung über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb von qualifizierten Flächenpools abgelöst werden. Für den Fall, dass Ersatzpflanzungen außerhalb des B-Plans ausgeführt werden sollen, sind sie in geeigneter Weise rechtlich zu sichern.

#### 7) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a BauGB bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind gemäß § 1a Abs. 3 Satz 1 BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

Der Ausgleich erfolgt gemäß § 1a Abs. 3 Satz 2 BauGB durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach § 9 BauGB als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich.

Gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG ist eine Beeinträchtigung ausgeglichen, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. Eine Beeinträchtigung gilt dann als ersetzt, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts im betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist.

Bei der Festsetzung von Art und Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind gemäß § 15 Abs. 2 Satz 5 BNatSchG unter anderem die im Landschaftsrahmenplan oder Landschaftsplan dargestellten Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

Für die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung wird im Land Brandenburg von der Obersten Naturschutzbehörde, dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, die Anwendung der Hinweise des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz zum Vollzug der Eingriffsregelung (im Folgenden: HVE; [https://mlul.brandenburg.de/media\\_fast/4055/hve\\_09.pdf](https://mlul.brandenburg.de/media_fast/4055/hve_09.pdf)) empfohlen.



Zur Förderung der Biodiversität wird angeregt, möglichst viele heimische Gehölzarten für die geplanten Gehölzpflanzungen festzusetzen, deren Standortansprüche im B-Plan-Gebiet erfüllt sind. Insofern wird auf die Anlage zur GehölzSchVO PM verwiesen ([https://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/PDF/Formulare\\_Fachbereiche/FB\\_Umwelt\\_Landwirtschaft\\_Verbraucherschutz/Naturschutz/GehoeelzschtzVO\\_KT-Beschluss2011\\_0.pdf](https://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/PDF/Formulare_Fachbereiche/FB_Umwelt_Landwirtschaft_Verbraucherschutz/Naturschutz/GehoeelzschtzVO_KT-Beschluss2011_0.pdf)), die alle heimischen Baum- und Straucharten mit ihren Standortansprüchen enthält.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich auf die Einhaltung der Regelungen des § 40 Abs. 1 BNatSchG, den Erlass über die Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 ([ABI./20, \[Nr. 9\]](https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/gehoelze_2020), S.203; [https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/gehoelze\\_2020](https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/gehoelze_2020)) sowie die Handlungsanleitung gebietseigenes Pflanz- und Saatgut zur Umsetzung des § 40 BNatSchG ([https://www.ls.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handlungsanleitung%20gebieteseigenes%20Pflanz-%20und%20Saatgut\\_Stand%2002.pdf](https://www.ls.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handlungsanleitung%20gebieteseigenes%20Pflanz-%20und%20Saatgut_Stand%2002.pdf)) hingewiesen. Es sind ausschließlich Gehölze und Saatgut aus gebietseigenen Herkünften zu verwenden. Beim Saatgut sollten aus Gründen der Förderung der Biodiversität vorzugsweise kräuterreiche Mischungen festgelegt werden.

## 8) Einfriedung

Es sollten Festsetzungen zur Bauart und Transparenz der Einfriedung gemacht werden, um sicherzustellen, dass das Landschaftsbild so gering wie möglich beeinträchtigt wird.

Versicherer halten Einfriedungen von PV-FFA von 2 m Höhe für ausreichend.<sup>3</sup> Diese Höhenbegrenzung ist ein Beitrag zur Reduzierung der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Die Verwendung von Stacheldraht ist aus Tierschutzgründen auszuschließen.

Um die Barrierewirkung der Einfriedung für wildlebende Kleintiere zu mindern und die Funktionsfähigkeit des Biotopverbundes zu gewährleisten, soll die Einfriedungs-Unterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberkante liegen oder die Einfriedung im bodennahen Bereich entsprechend große Maschenweiten haben. Sofern keine Beweidung der PV-FFA geplant wird, sollte die Einfriedung zusätzlich ca. alle 30 m durch 30 cm hohe und breite Durchlässe für mittelgroße Säugetiere unterbrochen sein.

Die Zulässigkeit von Einfriedungen sollte auf das Sondergebiet oder besser noch auf die Fläche innerhalb der Baugrenzen beschränkt werden, um sie auf das erforderliche Maß zu begrenzen.

## 10) Rückbauverpflichtung

Es sollte wirksam sichergestellt werden, dass die Gesamtanlage nach Nutzungsaufgabe vollständig zurückgebaut wird und eine erneute landwirtschaftliche Nutzung der Fläche gewährleistet ist.

### Sonstige Hinweise, Anregungen

#### 1) Schutz nachtaktiver Tierarten

Zum Schutz nachtaktiver Insekten und von Vögeln ist für die Beleuchtung der Anlagen nach Maßgabe der Licht-Leitlinie vom 16. April 2014 Folgendes zu beachten:

- Vermeidung heller weitreichender künstlicher Lichtquellen in der freien Landschaft
- Lichtlenkung ausschließlich in die Bereiche, die künstlich beleuchtet werden müssen (das heißt Abstrahlung nach oben oder in horizontaler Richtung vermeiden)
- Wahl von Lichtquellen mit für Insekten wirkungsarmem Spektrum (vorzugsweise monochromatisches Licht der Natriumdampf-Niederdrucklampe oder LED-Leuchten mit warm- und neutralweißer Lichtfarbe; Verzicht auf Quecksilber- und Halogendampflampen)
- Verwendung von vollständig geschlossenen staubdichten Leuchten

<sup>3</sup> Bundesamt für Naturschutz [Hrsg.], 2009: Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen [https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/erneuerbarenergien/Dokumente/skript\\_247\\_pv\\_freiland\\_apr2009.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/erneuerbarenergien/Dokumente/skript_247_pv_freiland_apr2009.pdf)

- Begrenzung der Betriebsdauer auf die notwendige Zeit

Zwar ist eine entsprechende Regelung aus rechtlichen Gründen nicht festsetzbar, aber es wird angeregt, sie im städtebaulichen Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger festzuschreiben.

## 2) Einfriedung von Waldflächen

Die Einbeziehung von Waldflächen in Grundstückseinfriedungen bedarf gemäß § 18 Abs. 2 LWaldG der vorherigen Genehmigung der unteren Forstbehörde.

## 3) Klimamoor

Mit dem B-Plan werden im Bereich des SO I Flächen der Arge Klimamoor GbR (<https://www.klimamoor-brandenburg.de/>) überlagert, die im Auftrag des Landesamtes für Umwelt Projekte des Klimaschutzes mit Mooren verfolgen. Es wird angeregt, das mit dem B-Plan berührte Klimamoor-Projekt bei der Aufstellung des B-Plans zu berücksichtigen.

### Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften sowie Handlungsempfehlungen:

- BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist
- BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28])
- BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 geändert worden ist
- GehölzSchVO PM: Verordnung des Landkreises Potsdam-Mittelmark zum Schutz der Bäume und Feldgehölze als geschützte Landschaftsbestandteile vom 29.09.2011 (Amtsblatt Potsdam-Mittelmark 11/2011)
- Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014; veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 11 vom 25. Mai 2014
- USchadG: Umweltschadensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2021 (BGBl. I S. 346)

### • **Fachdienst Landwirtschaft**

Die für das Planvorhaben vorgesehenen Flächen werden derzeit laut Feldblockkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark von folgenden Landwirtschaftsbetrieben bewirtschaftet: Agrargenossenschaft "Th. Müntzer" Krahne eG, Belmont Farms GmbH, Stefan Eimer sowie der Agrargenossenschaft Dreileben.

Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens mit den genannten Bewirtschaftern im Einvernehmen erfolgen soll, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.

Der Fachdienst Landwirtschaft des Landkreises Potsdam-Mittelmark weist darauf hin, dass jeder Entzug von landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht mehr für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und somit nicht für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. Die notwendige Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte vorrangig auf Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad, auf Dächern, ehemaligen Militärstützpunkten oder Siedlungs- und Konversionsflächen erfolgen und Acker oder Grünland nur im Ausnahmefall in Anspruch nehmen.

Durch die aktuelle Novelle des EEG (Erneuerbare-Energiegesetz), die am 01.01.2023 in Kraft getreten ist, liegen die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbaren-Energie-Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausneutral ist, sollten die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise und unter dem Aspekt der Energiegewinnung liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem o.g. Planvorhaben vor.

- **Fachdienst Technische Bauaufsicht, Bereich Brandschutz**

Nach den Vorgaben des BauGB sind u. a. die Belange der Versorgung mit Wasser bei der Aufstellung der Bauleitpläne besonders zu berücksichtigen [§ 1 (6) Nr. 8e BauGB]. Daher ist darauf zu achten, dass eine für die Feuerwehr ausreichende Löschwasserversorgung, auf Grund der vorgesehenen Nutzung sind für jeden Solarpark (SO1, SO4 sowie SO3 und SO2) jeweils mindestens 800 l/min für zwei Stunden erforderlich, sichergestellt ist. Die gesamte Löschwassermenge muss dabei in einem Umkreis von ca. 300 Metern um jedes Bauvorhaben zur Verfügung stehen. Abweichungen sind ausschließlich mit der Brandschutzdienststelle zu treffen. [§ 14 BbgBO in Verbindung mit § 3 (1) Nr. 1 BbgBKG und dem Arbeitsblatt des DVGW W- 405]

Die Verkehrswege im Plangebiet sind, soweit aufgrund der möglichen Bebauung (z.B. Gebäude/Anlagen weiter als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt), nach den „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen. Abweichungen von den o.g. Richtlinien sind ausschließlich mit der Brandschutzdienststelle zu treffen. [§ 5 (1) und (2) BbgBO]

- **Untere Jagdbehörde**

Keine Äußerung

- **Fachdienst Gesundheit**

Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen.

Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand August 2023, fachamtlich bezüglich der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch geprüft.

Der Plan soll die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage innerhalb landwirtschaftlicher Flächen im Außenbereich planungsrechtlich ermöglichen.

In Bezug auf das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit, sind im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes die Einflussfaktoren Blendungen/Lichtreflektionen im weiteren Verfahren abzuprüfen.

Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.

- **Fachdienst Kreisstraßenbetrieb**

Das Vorhaben betrifft die Kreisstraße K 6949. Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich deshalb folgende Hinweise bzw. Einwendungen:

1. Anbauverbotszone

Gemäß § 24 (1) Pkt. 1 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrten längs der Kreisstraßen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu zwanzig Meter, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden (Anbau-Verbot).

Im Übrigen bedürfen gemäß § 24 (2) Pkt. 1 BbgStrG Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung der Straßenbaubehörde, wenn bauliche Anlagen jeder Art außerhalb der Ortsdurchfahrten längs der Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom

äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden soll (Anbaubeschränkungszone).

Diese Zonen wurden im B-Planentwurf dargestellt und sind entsprechend einzuhalten.

## 2. Blendwirkung

Die Kreisstraße K 6949 führt mitten durch das B-Plan Gebiet. Aus diesem Grund ist eine potentielle Blendwirkung für die Verkehrsteilnehmer mittels Blendgutachten zu analysieren und gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen auszuschließen.

## 3. Erschließung / Zufahrten

Außerhalb der Ortsdurchfahrten dürfen längs der Kreisstraßen bauliche Anlagen jeder Art, die über Zufahrten an Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, nicht errichtet werden (§ 24 (1) Pkt. 2 BbgStrG).

Für die verkehrliche Erschließung der Flächen sind deshalb die vorhandenen Wege zu nutzen und gegebenenfalls entsprechend auszubauen.

Weitere Zufahrten zur Kreisstraße werden nicht genehmigt und sind mittels Kennzeichnung im B-Plan auszuschließen.

Sollten die vorhandenen Anbindungen der jeweiligen Wege an die Kreisstraße den verkehrstechnischen Anforderungen für die Erschließung der Flächen nicht genügen, so ist die erforderliche Änderung/Gestaltung dieser Zufahrten mit dem FD Kreisstraßenbetrieb im Vorfeld abzustimmen. Weitere Unterlagen für die technische Ausgestaltung der Zufahrten werden dann zu gegebener Zeit erforderlich.

## 4. Eventuelle Kabelverlegung

Eventuelle Kabelverlegungen im Bereich der Kreisstraße sind beim Baulastträger (FD Kreisstraßenbetrieb) zu beantragen und werden mittels Gestattungs- bzw. Nutzungsvertrag geregelt. Für die Lage der Kabel/Leitungen gilt dabei:

Querungen der Straße haben im rechten Winkel zur Fahrbahn zu erfolgen. Längsverlegungen von privaten Anlagen entlang der Straße (im 20 m Bereich) sind zu vermeiden.

## 5. Sonstiges

Vorhandene Straßenbäume dürfen weder beschädigt noch beeinträchtigt werden.

In den Flächen entlang der Kreisstraße, die mit M1 gekennzeichnet sind, ist zu gewährleisten, dass zukünftig ein Radweg entlang der Kreisstraße gebaut werden kann und eventuell auch Alleebäume gepflanzt werden können.

Dies schließt auch aus, dass hier Wege entlang der Kreisstraße für die Unterhaltung der Anlagen bzw. Bewirtschaftung der Flächen angelegt werden.

Für die Streifen, die auf beiden Seiten der Kreisstraße von Bepflanzung und anderweitiger Nutzung (dies betrifft beispielsweise auch einen Zaun) freizuhalten sind, ist eine Mindestbreite von jeweils 12 m, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, einzuhalten.

## **• Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde**

Aus Sicht des Baudenkmalschutzes ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen.

Im Plangebiet zum Bebauungsplan "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" Gemeinde Lehnin, OT Rietz sind Belange des Bodendenkmalschutzes betroffen. Auf den genannten Flächen sind Bodendenkmale bekannt und es werden weitere Bodendenkmale begründet vermutet.

Die Aussagen zum Bodendenkmalschutz sind nach aktuellem Kenntnisstand zum Bodendenkmalbestand und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes zu korrigieren (Denkmalschutzgesetz –BbgDSchG- GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.; Änderung vom 28. Juni 2023 GVBl Land Brandenburg Nr. 16 vom 30. Juni 2023)

In den Abschnitten 64 (2.2.1.Umweltrecht) und 234 (5.8.1.1. Nachrichtliche Übernahmen) sowie auf der Planzeichnung wird das Bodendenkmal Rietz Fundplatz 12 angeführt, welches aber außerhalb des Plangebietes liegt. Innerhalb des Plangebietes ist nach derzeitigem Kenntnisstand das **Bodendenkmal Nr. 31445 Rietz Fundplatz 13 Siedlung der Urgeschichte** bekannt. Es ist nach §§ 1 und 2 BbgDSchG geschützt. Das Bodendenkmal wird noch durch das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM) bearbeitet und ist noch nicht in der Denkmalliste erfasst sowie im Geoportal des Landes Brandenburg einsehbar. Der Schutz eines Bodendenkmals ist aber nicht vom Eintrag in die Denkmalliste abhängig (§ 3 Abs. 1 BbgDSchG).

Das Bodendenkmal ist nachrichtlich zu übernehmen und in der Plandarstellung darzustellen. Die derzeit bekannte flächige Ausdehnung ist der Karte im Anhang zu entnehmen. Die Aussagen zum Umgang mit Bodendenkmalen sind in die Begründung zu übernehmen.

#### Auflagen zum Schutz von Bodendenkmalen

Bodendenkmale sind zu erhalten, zu schützen und zu pflegen (§ 7 Abs. 1 BbgDSchG).

Veränderungen an Bodendenkmalen bedürfen grundsätzlich einer Erlaubnis durch die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß § 9 BbgDSchG.

Die Einrichtung von Lagerflächen und Baustelleneinrichtungen sowie Löschwasserbrunnen/-teiche darf nicht im Bereich der bekannten Bodendenkmale erfolgen.

Nach den vorliegenden Unterlagen sollen im Plangebiet Erdarbeiten z.B. für Kabelverlegungen, Trafos oder Wegebau durchgeführt werden, die das Bodendenkmal verändern. Alle Erdarbeiten müssen durch eine archäologische Fachfirma begleitet werden. Vor Baubeginn hat der Erlaubnisnehmer auf eigene Kosten (§ 7 Abs. 3 BbgDSchG) die wissenschaftliche Untersuchung, Ausgrabung und Bergung (einschließlich der hierbei erforderlichen Dokumentation) der im Boden verborgenen archäologischen Funde und Befunde im öffentlichen Interesse dadurch zu gewährleisten, dass er mit der Leitung der archäologischen Maßnahmen einen Archäologen (Fachfirma) beauftragt, deren Auswahl das BLDAM zuzustimmen hat (§ 9 Abs. 4 BbgDSchG).

Veränderungen an Bodendenkmalen entstehen bei allen Erdarbeiten z.B. für Leitungsverlegungen im Boden, Errichtung von Trafostationen oder Schaltanlagen, Wegebau für Baufahrzeuge zur Errichtung und Betrieb oder Einrichtung von Baunebenflächen wie Lagerplätze. Zum Schutz des Bodendenkmals sind alle Eingriffe in den Boden zur Errichtung und Betrieb der Anlage zu minimieren. Alle Veränderungen am Bodendenkmal, die bei Erdarbeiten für die die Errichtung und Betrieb der Anlage entstehen, sind baubegleitend oder bauvorbereitend durch den Facharchäologen vor Ort zu überwachen und Funde/Befunde sind zu dokumentieren (§ 9 Abs. 3 BbgDSchG). Die archäologische Dokumentation erfolgt gemäß den "Richtlinien zur Grabungsdokumentation" des BLDAM.

Über die Freigabe der archäologisch zu untersuchenden Flächen entscheiden die Denkmalbehörden. Funde sind dem BLDAM zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).

#### Auflagen im Bereich der Vermutungsflächen

Im Plangebiet sind weitere Bodendenkmalvermutungsflächen durch das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum ausgewiesen, auf denen weitere Bodendenkmale begründet zu vermuten sind (siehe Anlage):

**Für diese Flächen wird gefordert, im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens eine archäologische Bestandsanalyse durchzuführen.** Hierbei wird in einem archäologischen Fachgutachten geklärt, welche Auswirkungen das geplante Vorhaben auf Bodendenkmalstrukturen hat und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.

Mit der Bestandsanalyse ist eine archäologische Fachfirma zu beauftragen, die ein entsprechendes Gutachten erstellt (§ 7 Abs. 3, § 9 Abs. 3 und § 11 Abs. 3 BbgDSchG). Eine solche Bestandsanalyse kann zunächst unaufwendig und kostengünstig in Form von Sieblochsochsondagen, Sondenprospektion und fachgerechter Oberflächenbegehung bestehen, die schnell und zuverlässig eine Beurteilung der im Boden verborgenen

Bodendenkmalstrukturen erlauben. Dies ermöglicht auch eine größere Sicherheit der Bauplanung und Bauausführung für den Erlaubnisnehmer.

Details hierzu und der Zeitpunkt der Umsetzung sind mit den Denkmalbehörden abzusprechen. **Rechtzeitig im Vorfeld ist dafür eine denkmalrechtliche Erlaubnis zu beantragen** (§§ 9 BbgDSchG). Weitere Auskünfte dazu erteilt die untere Denkmalschutzbehörde (Frau Pratsch: annett.pratsch@potsdam-mittelmark.de; 03328-318542).

Nach Abschluss der Bestandsanalyse wird die untere Denkmalschutzbehörde hinsichtlich der ggf. weiteren notwendigen archäologischen Maßnahmen oder Freigabe der Flächen eine abschließende Stellungnahme abgeben.

#### Auflagen zum Bodendenkmalschutz für weitere Bereiche des Plangebietes

Unabhängig der bisher getroffenen Aussagen können jederzeit im gesamten Plangebiet bei mit Erdeingriffen verbundenen Baumaßnahmen Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände, entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (BbgDSchG § 11 Abs. 1 u. 2). Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (BbgDSchG § 11 Abs. 3).

Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (BbgDSchG § 11 Abs. 4 und § 12).

Freundliche Grüße  
Im Auftrag

Manuela Dorn

Anlage:  
Kartierung der bekannten Bodendenkmale und der Bodendenkmal-Vermutungsflächen

**Anlage:** Kartierung der bekannten Bodendenkmale und der Bodendenkmal-Vermutungsflächen